

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag 11., Refazants 15 • Telefon: 26703, 31409 • (Nachredaktion): 26707 • Postkontonr.: 37948

11. Jahrgang.

Mittwoch, 21. Oktober 1931

Nr. 245.

Sanierung der Bauern durch Abbau der Sozialpolitik.

Ein verunglückter Vorstoß der Landbündler im Senat.

Prag, 20. Oktober. Der Senat ging heute nach Erledigung der zweiten Lesungen der Vorlagen aus der letzten Sitzung in die Kustiratsprache über die Regierungserklärung ein, wobei es wiederholt zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Lagern kam.

Der ungarische Christlichsozialer Grossschmid kündigte wegen der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der ungarischen Minderheit der Regierung den schärfsten Kampf an.

Lufsch (B. d. L.) bringt die nicht mehr ganz neuen Phrasen von der Notwendigkeit vermehrten Sparsens und der Erhaltung eines starken Bauernstandes, gemischt mit allerhand Vorschlägen über „Ersparungen in der Personalregie“ und natürlich vor allem durch „Abbau der Leistungen für die sozialen Lasten“, wobei er auch mit falschen Getreidepreisen herumspinnelt, wenn ihm bessere Argumente gegen die Sozialversicherung gerade nicht einfallen wollen. Geradezu aufs Glattste begab sich Lufsch aber mit seiner Entzündung über die „Spekulationen mit der Getreideeinfuhr“, da doch allgemein bekannt ist, daß auf diesem Gebiete gerade die agrarischen Institutionen direkt eine Monopolstellung einnehmen. Bekräftigt wurde diese Rede durch eine scharfe Philippika gegen den Lurris in den Städten und die angeblich luxuriösen Bauten „unserer Sozialversicherungsanstalten“.

Dem landbündlerischen Sprecher trat sofort Genosse Dr. Heller

in einer brillanten Rede entgegen, wobei er namentlich die völlig unbilligen Ansprüche gegen die sozialen Einrichtungen, die sich die Arbeiterschaft in schweren Ringen erkämpft hat, entsprechend anprangerte.

Während Lufsch den Vorwurf, mit falschen Ziffern operiert zu haben, ohne große Gegenwehr einstecken mußte, fühlte sich sein Mitkollege Eißler bemüht, durch fortgesetzte aggressive Zwischenrufe über die Schwäche der landbündlerischen Argumente hinwegzutäuschen. Genosse Dr. Heller fertigte aber, unterstützt von einigen Genossen, den Zwischenrufer in der schlagfertigsten Weise ab, bis dieser schließlich brummend verstummte.

Im zweiten Teil seiner ausgezeichneten Ausführungen entwickelte Genosse Dr. Heller dann das bekannte Rotprogramm unserer Partei. Hier wendete namentlich die Erwähnung der bloßen Möglichkeit der Ausdehnung der 40-Stundenwoche auf die Landwirtschaft neue Entrüstung bei den Landbündlern.

Am Gegenfuß zu Lufsch legte unser Redner das Hauptgewicht jedes Sparprogramms auf die gründliche Reform der öffentlichen Verwaltung und auf den Abbau des Militarismus. In entscheidender Weise wandte er sich weiters gegen die von Lufsch propagierte „Ausfuhrbeschränkung“, die untern Export infolge der sicher zu erwartenden Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder nur vollends ruinieren müßte. Wir werden einen ausführlicheren Auszug aus der Rede des Genossen Dr. Heller, der n. a. auch für die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes in entscheidender Weise eintrat, noch morgen nachtragen.

Die Debatte, die morgen früh weitergeht, soll dann in den Abendstunden zu einem Abschluß gebracht werden.

Schober vor der Demission?

Das Hindernis für die französische Anleihe.

Wien, 20. Oktober. Die christlichsozialen Blätter richteten heute gegen den Vizekanzler und Außenminister Dr. Schober heftige Angriffe und verlangten oder kündigten dessen baldige Demission an. Auch das „Weltblatt“ schließt sich dieser Kampagne an unter Hinweis darauf, daß Dr. Curtius aus dem mährischen Nationalratsprojekt bereits die Konsequenzen gezogen habe und daß Dr. Ruzh, der in Paris über eine österreichische Anleihe verhandelt, dort noch eine große Verstimmung gegen Schober festzustellen vermag, die nicht schwinden wird. Solange Dr. Schober an der Spitze des österreichischen Kabinetts stehen wird, die „Wiener Allgemeine Zeitung“ teilt mit, daß im Falle der Demission Dr. Schobers Bundeskanzler Doktor Buresch die Leitung des Außenministeriums übernehmen wird.

Gesetzesvorlage über die vierzigstündige Arbeitswoche

vom Ministerium für soziale Fürsorge fertiggestellt.

Die Rationalisierung in der industriellen Produktion sowie die Ueberproduktion einerseits, die Wirtschaftskrise andererseits, die sich in der Unterbindung des Exportes, in der Einschränkung und Einstellung von industriellen Unternehmungen und in der Massenarbeitslosigkeit der Arbeiterschaft auswirkt, haben die wirtschaftlichen Grundlagen der Industriestaaten aufs schwerste erschüttert und ganz besonders die arbeitenden Schichten der Bevölkerung in ihren Bann gezogen. Die Arbeitslosigkeit, die das ernsteste Problem der Gegenwart ist, hat nicht bloß vorübergehenden Charakter, sondern entwickelt sich mit Rücksicht auf den strukturellen Charakter der Krise mit jedem Tage immer mehr zum Dauerzustand. Denn die neuen technischen Einrichtungen und vor allem die Erzeugung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschinen, die die Erzeugung um ein Vielfaches gesteigert haben, ohne daß dies dem gesteigerten Konsum der Bevölkerung entsprechen würde, haben zwangsläufig zur Entlassung zehntausender Arbeitskräfte aus der Arbeit geführt und die Betriebsführung auf eine bestimmte Anzahl von Tagen in der Woche eingeschränkt oder vielfach ganz eingestellt.

Das Ministerium für soziale Fürsorge ist nach reiflicher Erwägung zu der Ueberzeugung gelangt, daß vor allen Dingen die Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit einen Ausweg aus dieser schweren Lage zu schaffen vermag, da nur so die Rückkehr einer größeren Zahl von Arbeitern in den Produktionsprozess ermöglicht werden kann.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat das Problem der Arbeitszeitverkürzung gründlich studiert und sich hierbei von den Erfahrungen in anderen Staaten leiten lassen, wie z. B. den Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Belgien, Deutschland und Frankreich, wo große Industriebetriebe bereits vor langer Zeit die vierzigstündige Arbeitswoche eingeführt haben und wo diese Arbeitszeit-Regelung — wie insbesondere in Deutschland und Polen — auch schon gesetzlich vorgekehrt wurde. Darum hat es einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, durch den das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit in

folgenden Richtungen geändert und ergänzt wird:

In den Betrieben, auf die sich das bisherige Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit bezieht, beträgt die Arbeitszeit nicht mehr als acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich. In den Bergbaubetrieben darf die Arbeitszeit nicht länger als 7½ Stunden täglich und 37½ Stunden wöchentlich dauern. Diese Vorschriften gilt auch für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, soweit der Minister für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsminister nichts anderes bestimmt. Die ununterbrochene wöchentliche Arbeitspause soll 36 Stunden betragen, die ununterbrochene Arbeitsruhe zwischen den einzelnen Schichten in kontinuierlich arbeitenden Betrieben 24 Stunden. Ausnahmen von diesen Bestimmungen bewilligt der Minister für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern. Jugendliche Arbeiter dürfen zu leichteren Arbeiten und zur Nachtarbeit nur verwendet werden, wenn sie das 18. Lebensjahr überschritten haben. Entsprechend der Neuordnung der Arbeitszeit sind die Vorschriften über die Arbeitspausen und die Ueberstundenarbeit abgeändert.

Das Ministerium, das die baldige Verhandlung seiner Vorlage gewärtigt, erhofft aber auch, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, wie dies bereits in einzelnen inländischen Betrieben geschehen ist, schon in der nächsten Zeit noch vor der Verabschiedung des Gesetzesentwurfes faktisch realisiert wird und daß dies im Wege von Ueberereinkommen geschehen wird, wie sie in der letzten Zeit in zahlreichen Branchen der Nachbarstaaten bereits verwirklicht wurden.

Durch all diese Vorkehrungen wird nach der Ueberzeugung des Ministeriums für soziale Fürsorge eine Milderung der Arbeitslosigkeit erzielt und so die Wiedererwerbverteilung vieler zehntausender von arbeitslosen Arbeitern in den Produktionsprozess ermöglicht werden.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Frankreich.

Niederlage der Reaktion, Rückgang der Kommunisten.

Der Pariser „Populaire“ meldet in seiner Montagsnummer einen großen Sieg des Sozialismus, eine sehr deutliche Niederlage der Reaktion und einen bedeutenden Rückgang der Kommunisten bei den am Sonntag stattgehabten Kantonalwahlen. Die Ergebnisse, die am Sonntag abends aus Kreisen und Bezirken vorlagen, waren nur unvollständig und außerdem finden ja die Wahlen dort, wo sie am Sonntag ein Unentschieden brachten, ihre Fortsetzung und ihre völlige Austragung erst am kommenden Sonntag. Dennoch gaben schon am Ende des ersten Wahltages die vorliegenden Resultate ein so klares Bild, daß Genosse Compère-Morel seinen Artikel über die Wahl mit dem Titel überschreiben durfte: „Ein glänzender Erfolg!“ Die französische Bruderpartei hat nicht nur einen bedeutenden Zuwachs an Mandaten, sondern auch einen noch größeren Zuwachs an Stim-

men erhalten. Noch niemals, schreibt Compère-Morel, hat die Partei bei den Wahlen in die Conseil généraux und in die Conseil d'arrondissement auf die Namen ihrer Kandidaten eine ähnliche Stimmenzahl vereinigt.

Vermutlich sind in der Freude der französischen Genossen über diesen Wahlsieg — der natürlich freudig auch für die ganze Internationale ist — ist die Niederlage des ersten Parteiführers Genossen Léon Blum, der in seinem Bezirk mit einem Abstand von ganz wenigen Stimmen dem radikalen Kandidaten als Repräsentanten des gesamten reaktionären Blocks unterlegen ist.

Dieser betrüblichen lokalen Einzelercheinung steht aber das herrliche Gesamtergebnis gegenüber, das eine Hoffnung für die nächsten jährigen Parlamentswahlen in Frankreich und damit eine Hoffnung für das Weltproletariat bedeutet.

2. Jegliche Feindseligkeiten gegen Japan, welcher Art immer, einschließlich der Boykottbewegung, werden unterdrückt, und zwar dauernd.

3. Raffen Garantien für Leben und Eigentum der Japaner in China gegeben werden.

4. Japan muß ratenweise der Aufschwund für die mit japanischem Geld gebauten Eisenbahnen vergütet und es müssen die bisherigen über den Eisenbahnbau in der Mandschurei bestehenden Verträge anerkannt werden.

5. Raffen alle bisherigen Vertragsrechte der Japaner auf Anlauf in der Mandschurei anerkannt werden.

Japans Bedingungen

für die Räumung der Mandschurei.

Tokio, 20. Oktober (Reuter). Dem französischen Außenminister Briand, dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond und dem amerikanischen Staatssekretär Stimson wurden fünf Hauptpunkte bekanntgegeben, deren prinzipielle Anerkennung durch China Japan verlangt, ehe es seine Militärabteilungen aus der Mandschurei abzurufen wird. Diese fünf Punkte betreffen, wie aus informierten Kreisen mitgeteilt wird:

1. Japan und China schließen einen Nichtangriffspakt ab, in dem sie sich gegenseitig die Integrität ihres Gebietes garantieren.

Anpassung an den Fortschritt der Technik.

Welches Schicksal bereit auch immer der vom Fürstorgeminister ausgearbeiteten Novelle zum Achtstundentagesgesetz vom Jahre 1918, durch welche die wöchentliche Arbeitszeit mit 40 Stunden maximalisiert werden soll, im interministeriellen Verfahren und eventuell bei der parlamentarischen Verhandlung beschieden sein wird, sicher ist, daß sie im höchsten Maße zeitgemäß ist und nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden wird. Denn sie entspricht nicht nur den Interessen und Forderungen der Arbeiterschaft, sie wird auch, wenn gleich manche Unternehmer dies heute noch nicht einsehen wollen, ein Gebot der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems sein, wenn es sich für eine Zeitlang noch über Wasser erhalten will. Für die unaufhaltbar sich durchdringende Erkenntnis von der Unerläßlichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit auf ein dem heutigen Stande der Technik entsprechendes Maß ist bezeichnend, daß selbst ein Blatt der Großbourgeoisie, wie es die „Neue Freie Presse“ ist, vor einigen Tagen einen Artikel veröffentlichte, in dem gegen die Behauptung polemisiert wird, die Industrie könnte eine Herabsetzung der Arbeitszeit nicht ertragen. Auch in vergangenen Zeiten, so führt der durchaus bürgerlich eingestellte Artikelsschreiber aus, habe es noch jedesmal zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern einen Kampf um die Verminderung der Arbeitszeit gegeben. Von zwölf Stunden wurde die Arbeitszeit auf elf, auf zehn, auf neun und auf acht Stunden ermäßigt, immer gegen den hartnäckigen Widerstand der Arbeitgeber, welche behaupteten, daß diese Verminderung den Ruin der Industrie herbeiführen werde. „Und was ist geschehen? Trotz fortgesetzter erhöhter Güterproduktion hat die jeweils vorhandene Zahl der Arbeiter immer genügt, um die Bedürfnisse der Menschen zu decken, die durch die rasch fortschreitende Kultur neu entstanden waren. Dieser Entwicklungsprozess hat nun plötzlich durch Einführung des laufenden Bandes und raffiniert vervollkommener Arbeitsmaschinen eine forcierte Form angenommen.“

In der Tat könnten noch nach dem Kriege, als der Achtstundentag eingeführt wurde, viele Stimmen auf, welche die Verkürzung der Arbeitszeit als schädlich und untragbar erklärten. Alle diese Stimmen haben an das Entscheidende im Wirtschaftsgebiete verfallen: an die Technik. Während in den verschiedenen Ländern, auch bei uns, die Sozialreaktionäre sich vorbereiteten, bei geeigneter Gelegenheit gegen den Achtstundentag Sturm zu laufen und eifrig dabei waren, ihn zu unterminieren, wuchsen in der Technik und in der Wirtschaft Kräfte heran, die eine völlig geänderte Situation schufen. Die Arbeitsmaschine trat ihren Siegeszug an und das Prinzip der Mechanisierung wurde nach allen Möglichkeiten ausgenützt. Man kam zu neuen Arbeitsmethoden, zur Bekämpfung von Leerlauf, die Arbeitsleistung pro Kopf wurde verdoppelt und vervielfacht, der Ausfall durch die Einführung des Achtstundentages mehr als ausgeglichen. Es zeigte sich, daß der Achtstundentag bereits ein Kind der Vorkriegstechnik war, und in dem Maße, wie man die Rationalisierung und die Steigerung der Arbeitsleistung betrieb, mußte eines guten Tages die Forderung nach einer Arbeitszeit aufstehen, die weniger betrug als 48 Stunden pro Woche. Wenn nun die sozialistischen Fraktionen im Parlamente Initiativanträge auf Einführung der Vierzigstundentage eingebracht haben und wenn der sozialdemokratische Fürstorgeminister dieser Forderung durch Ausarbeitung eines eigenen Gesetzesentwurfes entgegenzukommen sucht, so bedeutet dies, daß die logische Folgerung aus der technischen Situation gezogen wird, denn sicher ist, daß eine Arbeitskapazität heute vorhanden ist, die bei

weitem größer ist als der Konsum. Neben anderen Dingen, die nicht mehr zu einander passen, wie die Fertigwarenpreise zu den Rohstoffpreisen usw., gehören dazu auch der Stand der Technik und die Arbeitszeit. Will man zur Ueberwindung der Krise kommen, müssen diese Dinge vor allem einander angepaßt werden.

In Europa und Amerika gibt es gegenwärtig fünfzehn Millionen Arbeitslose, vielleicht noch mehr, in Deutschland rund fünf Millionen, bei uns etwa eine halbe Million, zu der wohl ebenso viel an Arbeitslosigkeit hinzukommt, die durch Arbeitsüberflutung, das ist durch Kurzarbeit verhängt ist. Der Ausfall an Arbeit macht jedenfalls mindestens drei Viertel Millionen Personen aus und die Frage, über die sich der Arbeitslose täglich und stündlich den Kopf zerbricht, geht dahin, woran das wohl liegt. Die richtige Antwort kann nur lauten, daß es die Hilflosigkeit und die Anarchie des gegenwärtigen Wirtschaftssystems ist, eines Wirtschaftssystems, das anstatt die produktiven Kräfte zu entfalten, sie hemmt und droffelt, so daß über vielen Maschinenräumen Friedhofstille lagert und die belebende menschliche Arbeitskraft nicht an die Maschinen herankommt, während gleichzeitig Millionen Menschen Mangel an dem Lebenswichtigsten leiden.

Nur die Blindheit oder die Borniertheit können es heute noch leugnen, daß die achtstündige Arbeitszeit zu lang geworden ist und daß man sie infolgedessen verkürzen muß, um einigermaßen den Ausgleich zwischen Produktion und Konsum wieder herzustellen. Die Rationalisierung und vor allem der beschleunigte Vorgang der Mechanisierung der Produktion sowie die einzigartige Beschleunigung und Zentrierung des Produktions- und Arbeitsprozesses haben ein ununterbrochenes Ansteigen der Arbeitsproduktivität bewirkt, wofür jeder einzelne Betrieb Zeugnis abulegen vermag. Allerdings scheint es, daß die Mehrzahl der Kapitalisten, vor allem ihre schwarzmachenden Führer, unbeeindruckt sind, denn ebenso hartnäckig wie gewohnheitsmäßig widersehen sie sich schon dem bloßen Gedanken einer Verkürzung der Arbeitszeit und glauben, durch Lohndruck und Abbau der sozialen Leistungen die kranke Wirtschaft heilen zu können. Dabei übersehen sie, daß die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit heute ein wesentlich anderes Gesicht hat, als dies früher der Fall war, daß für sie nicht mehr bloß soziale, hygienische und kulturelle Argumente sprechen, sondern auch das eigene Interesse und besonders das wirtschaftliche Argument der Unmöglichkeit eines Zustandes, in dem eine stets wachsende Zahl von Millionen Menschen auf immer längere Zeit von der Bewertung ihrer Arbeitskraft überhaupt ausgeschlossen ist.

Die Verkürzung der Arbeitszeit wird und muß früher oder später kommen, denn sie ist das wichtigste Mittel zur Behebung der Gegenwartsnot. Je zäher sich die Unternehmungsklassen ihrer Einführung entgegenstemmen, desto notwendiger wird sich der Kampf um die Umgestaltung des Wirtschaftssystems erweisen,

desto größer wird die Notwendigkeit der Demokratisierung der Wirtschaft gegen die Autokratie der nur auf ihren Besitz gestützten, aber geistig völlig verfallenden Unternehmer sein. Die Verabfolgung der Arbeitszeit ist das erste, das getan werden muß, doch die Arbeit und der Kampf für den Aufbau einer planmäßig gelenkten und gerechten Wirtschaft, für die Verwirklichung des Sozialismus wird dadurch wahrhaftig nicht überflüssig. Das herrschende

Wirtschaftssystem vermag der produktiven Kräfte, die es selbst entfalten half, nicht mehr Herr zu werden, es vermag die Verteilung der Güter nicht zu lenken und so bleibt über die Wahrnehmung der unmittelbaren Gegenwartsinteressen der Arbeiterklasse hinaus die Forderung nach Ersetzung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine sozialistische Ordnung der Wirtschaftsdinge in vollem Umfange bestehen.

Böhmische Landesvertretung.

Beginn der Budgetdebatte.

Prag, 20. Oktober. Der gestrige Sitzungstag der zwölften Session der Landesvertretung Böhmens, auf deren Tagesordnung als erster und wichtigster Punkt der Vorschlag für das Jahr 1932 steht, bot das übliche Bild einer Generaldebatte über die Finanzlage des Landes und der Selbstverwaltungskörper. Nach dem Bericht des Finanzreferenten des Landes, Dr. Kubista, sprachen von deutschen Parteien Gebauer (Nat.-Soz.), Janh (Deutschnat.), Grimm (Gewerbetreibende) und Wünsche (N.S.D.), von tschechischer Seite Erha (Agr.), Dr. Vaz (Gewerbetreibende) und Genosse Machacek, welcher in temperamentvoller Rede die Forderung der Selbstverwaltung nach endgültiger Reorganisation des Gemeindefinanzgesetzes und Wiederherstellung der Selbstverwaltung vertrat.

Aus den Ausführungen des Genossen Dr. Strauß.

welcher als erster deutscher Redner zu Worte kam, bringen wir nachstehend einen Auszug: Die schwere Krise der Weltwirtschaft hat auch zu einer Krise der öffentlichen Finanzen geführt, unter der alle Länder leiden. Die Quelle der öffentlichen Finanzen ist die Produktion, die Verringerung der Produktion führt zu einer Einschränkung der öffentlichen Einnahmen. Diese Einschränkung können wir auch an dem Budget des Landes Böhmen feststellen. Im ersten Halbjahr 1931 betrug der Rückgang der Landeseinnahmen über 10 Millionen, die Halbjahresrechnung des Landes schließt mit einem Rückgang von 40 Millionen ab. Jahrelang hat das Land Böhmen mit Ueberflüssen gearbeitet, die nunmehr fast vollständig aufgebraucht sind.

Die Landeswirtschaft kann nurmehr durch Anleihen in regelmäßigem Gang erhalten werden,

von Jahr zu Jahr steigt das Defizit. Nach kritischer ist die Lage der Finanzen der niederen Selbstverwaltungskörper, eine Erscheinung, die gleichfalls internationalen Charakter trägt.

Nach dem Umsturz hatten wir wohl eine Zeitlang eine gute Konjunktur zu verzeichnen, aber schon 1921 verschlechterte sich die Wirtschaftslage und von 1922 bis 1924 hatten wir eine schwere Wirtschaftskrise. Die Steuern und Zuschläge aus der Zeit der guten Konjunktur mußten in der Zeit der Krise und infolge der Deflation mit neuem Gelde bezahlt werden. Die Steuerbefreiungen wurden, die Steuerbehörden waren mit anderen Aufgaben überlastet. Die Steuer- und Umlagenrückstände wurden immer größer; der Staat half sich mit der Umsatz- und Pachtsteuer, die aber für die Selbstverwaltung nicht zuschlagsfähig war. Schließlich gingen die Umlagenrückstände in die Milliarden,

dagegen wuchsen aber infolge der geänderten politischen und sozialen Verhältnisse der Nachkriegszeit die Aufgaben der Gemeinden immer mehr. Um diese Aufgaben zu erfüllen, blieben den Gemeinden nichts anderes übrig, als die Umlagen zu er-

höhen. Die Folge vom Jahre 1921 brachten wohl den Gemeinden eine gewisse kleine Hilfe, indem die Gemeinden Ueberweisungen aus der Haus- und Umlagensteuer erhielten. Die großen Steuerrückstände verhinderten aber damals eine Sanierung der Gemeindefinanzen. Diese Umlagenrückstände erreichten 1927 eine Höhe von ungefähr sieben Milliarden, um die die Selbstverwaltung nahezu restlos geklämmert ist.

Im Jahre 1927 kam dann der bekannte unglückselige Versuch, die Finanzen der Selbstverwaltungskörper in Ordnung zu bringen. Rechtfertigt wurde diese Tat mit dem Motiv, daß die Selbstverwaltung nicht spare. In Wirklichkeit sind

die Ausgaben der Selbstverwaltung in der Nachkriegszeit weniger gestiegen als die des Staates.

Während vor dem Kriege das Verhältnis der staatlichen Ausgaben zu jenen der Selbstverwaltung wie 7,5 zu 2,5 war, war dies im Jahre 1929 wie 8,25 zu 1,75. Daß die Regelung der Finanzen der Selbstverwaltung im Jahre 1927 ein Fehlschlag gewesen ist, wird heute allgemein eingesehen. Die Regelung erfolgte schematisch ohne Kenntnis der Lage der Selbstverwaltungsfinanzen und ohne ein Einvernehmen mit der Selbstverwaltung.

Die Idee, die finanziell schwächeren Gemeinden aus dem Ausgleichsfonds der Länder zu streifen, hat vollkommenen Bankrott erlitten.

Im Jahre 1928 belamen die Bezirke und Gemeinden noch 33 Prozent ihrer anerkannten Ansprüche, im Jahre 1929 nur 62,8 Prozent und 1930 43,5 Prozent. Diese drei Jahre gehören zu den unheilvollsten in der Geschichte unserer Selbstverwaltung.

Die Finanznot der Gemeinden.

Sozialdemokratischer Vorschlag einer umfassenden Enquete.

In der gestrigen Sitzung der böhmischen Landesvertretung brachten die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten folgenden Resolutions-Antrag zum Budget ein:

Die Krise der Weltwirtschaft wirkt sich auch in den öffentlichen Finanzen aller Staaten aus; auch die Finanzen des Staates, der Länder, Bezirke und Gemeinden in der Tschechoslowakischen Republik sind davon berührt. Die Finanzen des Staates und der Selbstverwaltungskörper sind etwas Zusammenhängendes, die Sorgen des Staates sind auch die der Selbstverwaltungskörper und umgekehrt sind die Sorgen der Selbstverwaltungskörper auch die Sorgen des Staates. Die Bekämpfung der Wirtschaftskrise durch die Investitionstätigkeit des Staates und der Selbstverwaltungskörper muß einheitlich und planmäßig erfolgen. Die gedeihliche Zusammenarbeit aller Faktoren, denen die Sorge um Staats- und Selbstverwaltungsfinanzen anvertraut ist, ist im Interesse der öffentlichen Finanzen, der Bevöl-

Ein Kinderkalender für Arbeiterkinder

für das Jahr 1932 ist soeben erschienen. Allen Kindern soll dieses schöne und reichhaltige Buchlein, das nur 4 K kostet, geschenkt werden. Es ist bei allen Erziehungsbeiräten sowie bei den Funktionären der Kinderfreunde und der Arbeiter-Turner zu beziehen.

Im Jahre 1930 hat man den Versuch gemacht, die größten Schäden dieser Regelung der Selbstverwaltungsfinanzen zu beseitigen. Wäre eine gute wirtschaftliche Konjunktur gewesen, hätte sich die Lage der Gemeinden und Bezirke zweifellos gebessert.

Das Sinken der Steuereinnahmen und das Sinken der Umlagen haben die Selbstverwaltung in eine neue Krise gestürzt.

Die Gemeinden und Bezirke haben im Jahre 1930 an den Landesfonds Ansuchen über Zuschüsse im Betrage von über 700 Millionen gerichtet, sie belamen aber nur 100, so daß hier allein nur ein Defizit von 610 Millionen entstand. Heute ist die Lage so, daß die Gemeinden ihr Budget unter das Maß des Jahres 1927 noch herabdrücken mußten und der Bericht der Landesbehörde an die Regierung bezeichnet diese Tatsache als „eine beträchtliche Verschlechterung des gesamten Standes der Volkswirtschaft“. Es ist eine Tatsache, daß die Gemeinden und Bezirke heute nicht einmal ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen können.

Denjenigen, denen die Interessen der Bevölkerung anvertraut sind, müssen also den Ruf erheben, daß es höchste Zeit zum Eingreifen sei und daß man die Selbstverwaltung nicht verkümmern lassen könne.

Die Gemeinden, Bezirke und Länder haben zur Entwicklung unserer Wirtschaft, unserer sozialen Fürsorge, ja auch zur Entwicklung unserer Geisteskultur seit dreißig Jahren in bedeutendem Maße beigetragen und sie haben auch für die Zukunft große Aufgaben zu erfüllen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat stets das Interesse der Selbstverwaltung auf das energischste vertreten und macht auch heute die Verantwortlichkeit sowie die verantwortlichen Faktoren, insbesondere die Regierung darauf aufmerksam, daß die Sanierung der Finanzen der Selbstverwaltung das Gebot der Stunde ist und daß auch da eingegriffen werden muß, bevor es zu spät ist!

Die Debatte wird heute um 9 Uhr vormittags fortgesetzt.

Der Traumlenker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Es gab dunkle Stunden, da Peter an seiner Nacht zu zweifeln begann. Wie war es möglich, daß ein Schwächling wie Gabriel Klinker so lange Widerstand zu leisten vermochte? War der Mann doch stärker, als Peter geglaubt hatte? Nein, das war es nicht. Nicht seine Stärke zog den Kampf so lange hin, sondern seine Schwäche. Seine Angst vor dem eignen Ich, dem eignen Traum. Vor den letzten Konsequenzen, die er würde ziehen müssen, sobald der Traum über ihn Macht gewann.

Peter wachte genau, daß Gabriel Klinker sich immer wieder vornahm, den Traumlenker nicht mehr aufzusuchen. Und dann kam er dennoch. Stand bläulich und verwirrt in Peters Sprechzimmer, wollte und wollte nicht. Wehrte sich und gab nach. Litt.

„Sie werden es nicht aushalten, Peter,“ sagte Judith und warf einen besorgten Blick auf Peters blaßes eingefallenes Gesicht und seine abgemagerten, nervös zuckenden Hände. „Weshalb tun Sie es eigentlich?“

„Weshalb?“
In seinem eignen Erstaunen fand Peter keine Antwort auf Judiths Frage. Warum tat er es? Warum spannte er alle Nerven an, ver-ausgabte alle Kräfte, um einen Traum aufzuheben zu lassen — an den er nicht glaubte? Gabriel Klinker zuliebe? Nein; er empfand für diesen Menschen nicht das geringste Gefühl, weder Sympathie, noch Abneigung.

Aus Gah gegen Edmund Brodmer, um dem mächtigen Generaldirektor des Stahltrusts seine Marionette zu nehmen?

Nein, auch das war nicht der wahre Grund. Peter wachte nicht einmal bestimmt, ob er Brodmer haßte. Kann man einen Mann haßen, der

kein Mensch, sondern nur ein Geld- und Macht-automat ist?

Peter ließ Judiths Frage unbeantwortet. Statt dessen erzählte er:

„Ich war vorige Woche in Berlin. habe Klinker in seinem Heim besucht. Er hat darauf bestanden. Es waren seltsame Stunden. Er hat mich durch das ganze kleine Palais geführt, mir fast ohne ein Wort alles gezeigt. Schöne Räume, schöne Möbel, ein paar herrliche Bilder, alte Holländer und Italiener. Und schließlich hat er mich seiner Frau vorgestellt.“

Die kleine Buclige war trotz allem eine richtige Frau, sie fragte fast automatisch:

„Ist sie schön?“
„Ja, schön und vornehm, dabei hart wie Stahl.“

„Liebt er sie?“
„Ich glaube“, entgegnete Peter nachdenklich, „daß er nicht die Frau selbst liebt, sondern das, was sie für ihn verkörpert. Eine angeborene Verfeinerung und Kultur, die er immer mehr bewundert, je fremder sie ihm ist. Die Frau hat eine Selbstverständlichkeit, die sogar mir imponiert. Die kann nicht mit ihm gehen, wenn er zu seinem wahren Ich zurückkehrt. Nicht aus bösem Willen, rein aus Selbsterhaltungstrieb. Genau so, wie eine Orchidee nicht im Norden auf einem Kartoffelfeld wachsen kann. Und sie ist stärker als der Mann, weil sie ihrem Traum treu geblieben ist.“

Er bemerkte Judiths Lächeln und fuhr heftig fort:

„Das verstehen Sie nicht, Judith. Sie kennen etwas, was Sie die wirkliche Welt nennen: Elend und Not und Tristesse. Für Sie gibt es nur eine Schönheit: all diese Dinge aus der Welt schaffen. Vielleicht haben Sie recht; ich weiß es nicht. Aber es gibt neben der Ihren noch eine Welt, Judith, die Welt der Verfeinerung der Kultur.“

„Eine Welt der Selbstsucht“, sagte Judith hart.

„Ja, zugegeben, und auch eine untergeordnete Welt. Aber sie lebt noch immer, hält ihre Bewohner noch immer fest.“

„Und auch Sie gehören ihr an, Peter?“

„Nein. Denn der Mensch, der ein Kunstwerk höher wertet als Menschenleben, eilet mich ebenso sehr wie der Mensch, der ein Kunstwerk nicht versteht kann. Ich lebe zwischen einer Sterbenden und einer noch nicht geborenen Welt, Judith. Ich glaube nicht an die Auferstehung; der Krieg hat bewiesen, was ihre Kultur wert ist, und ich kann auch nicht an die Masse glauben, an Menschen, die einer Demonstration fern bleiben, weil es regnet!“

„Wenn Sie nur einen einzigen Anzug hätten und ein Paar Stiefel, Peter, würden Sie das vielleicht leichter begreifen. Sie fordern das Unbedingte, und das gibt es nicht.“

„Doch Judith, das gibt es. Wenn ich sehe, wie Gabriel Klinker sich quält, wie ihn alles, was er liebt, was er viele Jahre seines elenden Lebens erfährt hat, nicht völlig schutzlos vermag, daß es etwas gibt, das stärker ist als seine Angst vor der Rückkehr in die Not, dann weiß ich, daß es etwas Unbedingtes gibt, den wahren ersten Traum des Menschen.“

„Und trotzdem...“
Sie starrte, die redbraunen Augen ruhten fregend auf Peters Gesicht.

„Sein Traum ist nicht der meine. Vielleicht, weil ich nie gehungert und gefroren habe. Ich hatte nur einen Traum, und der hat sich selbst zerstört.“

„So werden Sie Gabriel Klinker nicht erlösen können, Peter.“

„Doch. Ich muß es. Er ist gebunden, gefesselt, er muß frei werden.“
„Dann glauben Sie also trotzdem an etwas, an die Freiheit.“

„Sobald Sie das Wort aussprechen, Judith, widert es mich an, ist ein Schlagwort, wie hundert andere. Ist tausendmal von Menschen gesprochen worden, die darunter nur die eigene Freiheit und die Unfreiheit der andern verstanden haben. Jede Freiheitsbewegung bedeutet gleichzeitig eine Diktatur.“

„Es kommt nur darauf an, wofür, kommt nur darauf an, was die Diktatur erreichen will.“
Peter judte die Achseln.

„Geben Sie sich keine Mühe mit mir, Judith. Ich sagte Ihnen schon: Ich lebe zwischen zwei Welten, ich würde im falschen Italien und in Comjurnaland rebellieren. Und auch hier finde ich das Leben unerträglich!“

„Weil Sie nur sich selbst sehen.“

„Vielleicht.“

Er sah den Schatten auf Judiths feinem Gesicht. Ohne eine Bewegung zu machen, schien sie von ihm zurückzuweichen, wie vor einem unbegreiflichen Ungeheuer. Das schmerzte ihn.

„Seien Sie nicht hart zu mir, Judith. Sie haben so viel Liebe, schenken Sie auch mir ein wenig. Sie wissen ja nicht, wie weh es tut, die Menschen verachten zu müssen.“

„Armer Peter“, sagte sie leise.

„Liane“, fuhr er leidenschaftlich fort, „Felix Halpert, die Zeitungsvendlerin. Alle diese Menschen, die nur sich selbst sehen, alle diese Menschen, die wie Lichtreflexen am Nachthimmel sind. Puppen an der Schnur der eigenen Begierde. Sie sind anders, Judith, aber auch bei Ihnen solltet mich die Angst, daß ich einmal, ganz plötzlich, die Schnur sehen werde, an der Sie tanzen.“

„Wir tanzen alle an einer Schnur, aber es kommt darauf an, woraus sie besteht.“

(Fortsetzung folgt.)

Gedämpfter Optimismus des Außenministers.

Exposé in den Ausschüssen. — Wirtschaftspragen im Vordergrund. — Mittel-europäische Zusammenarbeit. — Handelsvertrag mit Ausland.

Brno, 20. Oktober. In den Außenaußschüssen beider Häuser erstattete heute der Außenminister Dr. Benes ein ausführliches Exposé, dessen Schwerpunkt wirtschaftlichen Fragen, namentlich den Ursachen und Auswirkungen der letzten Störungen in der Organisation des internationalen Geld- und Kreditwesens geteilt war. Nebenbei wie schon früher Udval und Trojst hob er die relativ günstige Lage der Tschechoslowakei hervor. Einen breiten Raum nahm die Förderung mitteleuropäischer Probleme ein, wo Benes neue Wege der lokalen Zusammenarbeit im Einvernehmen mit Berlin, Paris und Rom propagierte, ohne allerdings irgendwelche konkrete Vorschläge zu machen. Bemerkenswert ist ferner die Ankündigung, daß in nächster Zeit Verhandlungen mit Ausland über einen Handelsvertrag eröffnet werden sollen.

Dr. Benes betont einleitend die heute besonders große Bedeutung der wirtschaftlichen und finanziellen Seite der Außenpolitik und geht dann detailliert auf die Entstehungsgeschichte des Hoover-Memorandum und auf die deutsche Finanzkrise ein. Hoovers Antrag sollte schwere wirtschaftliche, finanzielle und soziale Erschütterungen namentlich in Deutschland hinterlassen; die Durchführung dieses Planes habe jedoch dieses Ziel nicht erreicht. In den bisherigen Krisenverläufen kam in der allerjüngsten Zeit noch die finanzielle und finanztechnische Krise mit ihren großen Störungen in der Organisation des internationalen Geldwesens und in der Weltorganisation des Kreditwesens überhaupt hinzu. Als Gründe hierfür führt Benes die Überindustrialisierung der ganzen Welt nach dem Kriege und die damit verbundene Erhöhung des allgemeinen Lebensniveaus an.

Zeit Ende 1929 brachte die Überproduktion — bei ungenügender Organisation der Weltproduktion — einen Konjunkturbruch mit sich, in dessen Gefolge die Handels- und Zahlungsbilanzen einzelner Staaten gefährdet sind. Der Preisfall der landwirtschaftlichen und Industrieprodukte hat die ganze Krise in ihr heutiges akutes Stadium getrieben. Das Lebensniveau des Einzelnen wie der Selbstverwaltungskörper und des Staates bekommt die Tendenz, sich zu restringieren; die physische und rasche Herabsetzung des Lebensniveaus würde schwere politische, Parteien-, Klassen- und Staatskonflikte hervorrufen.

Hier wird man nach Benes eine Synthese finden müssen: einerseits zu sparen und das Lebensniveau der einzelnen Klassen den allgemeinen Wirtschaftsmöglichkeiten im Staate anzupassen, andererseits eine solche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu machen, daß die sozialen Unterschiede und Einkommen der einzelnen Bevölkerungsschichten sich vernünftig ausgleichen und so auf evolutionärem Wege ein tatsächlicher Fortschritt erzielt werde.

Das sei der Sinn der heutigen politischen Kämpfe in den großen Industriestaaten unter dem Einfluß der Krise.

Aus der letzten Genfer Diskussion im September leitete Benes den Schluß ab, daß wir in einer Zeit des wirtschaftlichen und finanziellen Überganges leben. Die Tschechoslowakei bewege sich ähnlich wie Frankreich auf dem Weg einer schrittweisen, aber in der Sache selbst entscheidenden Entwicklung im Auffuchen neuer wirtschaftlicher und sozialer Formen nach außen, im Innern im Geiste der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie.

Eine größere Belebung der internationalen Wirtschaft ist nicht sofort zu erwarten;

die Krise wird sich hinziehen und die einzelnen Staaten werden eine Zeitlang gezwungen sein, sich vor allem durch Selbsthilfe zu helfen und die Ausgaben einzuschränken. Man kehrt bereits zur Kontingenzierung, zum Kompenzationsystem, zu einjährigen Währungs- und Devisenmaßnahmen wie unmittelbar nach dem Kriege zurück. Letzten Endes werde man aber wieder zu der einzig möglichen Politik der internationalen weltorganisierten Zusammenarbeit und Solidarität zurückkehren müssen.

Die Situation der Tschechoslowakei in wirtschaftlicher Beziehung sei nicht so schwierig wie die anderer Staaten. Die Bedingungen unseres wirtschaftlichen, finanziellen und dadurch auch politischen Lebens seien heute in einem gewissen Sinne günstiger als anderswo, so daß wir hoffen können, daß uns die Krise nicht so schwerhaft berührt wie einige andere Staaten.

Bei uns seien die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Klassen verhältnismäßig kleiner als in den Staaten, die heute große Wirtschaftskrisen durchmachen. Die Tschechoslowakei hat auch ein gutes Gleichgewicht zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung, sie hat eine aktive Handelsbilanz und ist gegen das Ausland wenig verschuldet, so daß uns auch keine passive Zahlungsbilanz droht. Deshalb sind wir auch nicht durch ein weiteres Abfließen irgendwelcher kurzfristiger Kredite und auch nicht durch Verluste unseres Kapitals im Ausland bedroht. Das alles sind Gewährsmomente dafür, daß unsere Währung fest bleibt.

Auch in politischer Beziehung sei unsere Position gemäß eine gute. In dem wurde der Tschechoslowakische Standpunkt hinsichtlich der Völkervereinigung voll respektiert; diese Fragen seien aber durch die Entwicklung vollständig in den Hintergrund gedrängt worden; sie haben unsere guten Beziehungen

zu Österreich und Deutschland absozial nicht berührt. Jollusion oder Anschlag sind europäische Probleme. In allen mitteleuropäischen Angelegenheiten lasse sich auf die Dauer ohne Einigung der drei Großmächte Deutschland, Frankreich und Italien, aber ohne uns oder gegen uns nichts Konstruktives und Positives machen. Die Erneuerung irgendwelcher alter überlebter Formen einer politischen oder wirtschaftlichen mitteleuropäischen Einigkeit hält Benes nicht für möglich; jede kommende Zusammenarbeit müsse neue Formen finden, welche den politischen und psychologischen Voraussetzungen der Nachkriegssituation akkommodiert, weltanschaulich und politisch annehmbarer sind als dies bisher der Fall war. Jede solche Zusammenarbeit muß lokal mit den Regierungen aller interessierten Staaten vereinbart werden; für uns bedeutet dies vor allem auch eine Vereinbarung zwischen Berlin, Paris und Rom.

Die heutigen schweren Zeiten hätten auch die letzten Zweifel davon überzogen, daß die kleineren Staaten in Mitteleuropa Wege der Zusammenarbeit und Annäherung suchen und politische Pläne, Anknüpfungen und Bekräftigungen beiseite lassen müßten, die diese Annäherung bisher verhindert oder die bewußt auf die Desorganisation hingearbeitet hätten, indem sie von einem gescheiterten Europa irgendwelche Wunder erwarteten.

Die Großmächte sollten einträchtig zu dieser Annäherung beitragen. Wir haben selbstverständlich ein Interesse daran, daß es auch Österreich und Ungarn gut gehe. Dabei betonte Benes namentlich

Die Front gegen die Marxisten und Tschechen.

„Parteiamtliche“ Einheit aller gegen die Sozialdemokratie.

Der „Sieg“ bei den letzten Gemeindevahlen hat unsere Hakenkreuzler um das letzte Restchen von Verstand gebracht, der bekanntlich nach den letzten Feststellungen ohnehin bei ihnen nicht im Kopfe, sondern in der kleinen Zehe sitzt. Sofort nach dem Wahltag setzte unter den Offizieren und Unteroffizieren der tschechoslowakischen Brigade der Dittlerarmee eine heftige Unterhaltung darüber ein, wie nun die Wahlerfolge praktisch ausgewertet werden könnten. Besonders um die Bürgermeisterposten in den deutschen Städten herrscht unter den nicht wenigen Anwärtern unter den Hakenkreuzrittern große und nachdrücklichste Nachfrage und im Jagdfever, der oft rührend ist, schwärzen die edlen Reden aus der Schule, wie die NS-Zhühen.

Ein freischöndlicher Kampf ist zwischen den Brüdern vom großen und kleinen Hakenkreuz um den Bürgermeistertitel von Groß-Bodenbach im Gange. Die Hakenkreuzler präsentieren den Doktor Kreißl, der außer seinen advokatorischen Fähigkeiten, die er allzu gerne als Bürgermeister von Bodenbach ausbringend verwerten möchte, noch — nach den Anpreisungen im „Tag“ — ein Mann mit hervorragenden konununalpolitischen Erfahrungen, Fähigkeiten und untadeligen Charakters ist, während die deutsche Nationalpartei den Herrn Schödt kandidiert. Weil also die Deutschnationalen ihren Bestehstand in Bodenbach nicht freiwillig an die Hakenkreuzler abtreten, sind letztere fußstetzelwild und schreien in einer „parteiamtlichen“ Erklärung, die im „Tag“ vom letzten Samstag veröffentlicht war, nach den davon schwimmenden Feilen. Wir würden diesen Froschmäuschkrieg nicht weiter beachten, wenn hierbei nicht Verständnis über die Taktik gegen die Sozialdemokraten gemacht worden wären, die nicht ganz belanglos sind.

In der erwähnten parteiamtlichen Erklärung wird vor allem festgestellt, daß durch den Sieg der deutschen Nationalsozialisten in Bodenbach nunmehr ein klares Verhältnis der nationalen Parteien zu den Marxisten und Tschechen geschaffen worden ist und die Nationalsozialisten, unter Wahrung ihrer Stellung als sozialistische Partei die Bildung einer antimarxistischen Front aufbrechen“. Mit dieser Bildung der antimarxistischen Front ist es den Hakenkreuzlern in Bodenbach so schrecklich ernst, daß sie — wie es in der „parteiamtlichen“ Erklärung wörtlich heißt — „keinen Schritt davon abweicht und nicht zulassen wird, daß vielleicht die Sozialdemokratie aus dem Sondertritt der deutschen Nationalpartei als lahmende dritte mit ihrem Bürgermeister hervorgeht“. Dieses löbliche Bestreben, wollen nun die Herren der Nationalpartei nicht vorbehalten und kostenlos unterstützen, ja es besteht nach der Erklärung der Hakenkreuzler sogar die Gefahr, daß sie einen nationalen Verrat begehen und sich mit Frontistil Tom, Stanislaus Lukas und ähnlichen Vertretern des „tschechischen Großvaders“ gegen den deutschen Turnbruder und Bundesobmann Dr. Kreißl verbünden. Aber. — so

Der Goldstrom nach Paris.

Paris, 20. Oktober. Vom Dampfer „Europa“ wurde heute in Cherbourg eine Goldsendung ausgeladen, die einen Gesamtwert von 500 Millionen Frank repräsentiert. Weitere Goldsendungen, die insgesamt für Pariser Banken bestimmt sind, werden mit den Schiffen „Aquitania“, „Deutschland“ und „Präsident Roosevelt“ erwartet.

unserer Bereitwilligkeit, Ungarn in seinen heutigen Schwierigkeiten die Hand zu reichen. Weiters hebt der Minister unsere freundschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten hervor und

kündigt an, daß wir uns mit Sowjetrußland auf Grund des Beschlusses der Wirtschaftsminister und der Gesamtregierung auf die Beratungen über einen Handelsvertrag vorbereiten. Die Richtlinien hierfür werden die Wirtschaftsminister in der nächsten Zeit ausarbeiten.

Die Beratungen der Abrüstungskonferenz

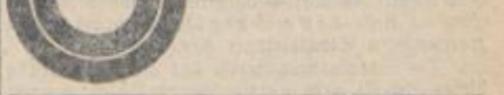
würden angesichts der heutigen Verhältnisse, die seit den ersten Umsturzzeiten am wenigsten normal sind, sehr beschwerlich sein. Das Abrüstungsprogramm der Tschechoslowakei stehe die Notwendigkeiten hinsichtlich ihrer Sicherheit und der Erfordernisse ihrer Verteidigung ab, werde jedoch auch der Ausdruck unserer anfrichtigen Positivismus sein. Ein wenigstens teilweiser Erfolg der Konferenz wäre dann gebühert, wenn die Vereinigten Staaten, England und Frankreich als die wirtschaftlich und finanziell stärksten Staaten sich zu einer gemeinsamen Einigung auflassen und vor allem ein festes Programm der gemeinsamen wirtschaftlichen und finanziellen Politik für die nächste Zeit aufstellen würden. Das würde es auch der Abrüstungskonferenz ermöglichen, über alle ihre Probleme in relativer Ruhe, ohne die heutige schwere Atmosphäre und Nervosität zu verhandeln.

Abschließend erklärte Benes, wir müßten uns des Ernstes der heutigen Zeit bewußt sein, jede Klammernung sei jedoch überflüssig.

Die Debatte über die Ausführungen des Ministers wird im Außenaußschuß des Abgeordnetenhauses bereits morgen, im Senatsaußschuß Donnerstag beginnen.

An unsere Abonnenten und Kolporteurs!

Infolge des Staatsfeiertages am Mittwoch, den 28. Oktober entfällt am Donnerstag, den 29. Oktober unser Blatt. Die nächste Folge unseres Blattes erscheint erst wieder am Freitag, den 30. Oktober.



Die Verwaltung.

Kellogg-Pakt nach Japans Meinung unanwendbar.

Tokio, 20. Oktober. In ihrer Beantwortung der Hinweise der Rädre auf den Kellogg-Pakt wird die japanische Regierung, wie verlautet, die Gründe wiederholen, aus denen sie den Kellogg-Pakt in der Mandchurischen Frage für unanwendbar hält. Sie wird ferner geltend machen, daß China durch die antijapanische Agitation und den Boykott, die durchaus seinen friedlichen Charakter hätten, seine Verpflichtungen verletzt habe.

Unwahre Gerüchte über Zahlungsschwierigkeiten der Sowjets.

Berlin, 20. Oktober. (Tsch. P. B.) In einem Teil der Presse werden Gerüchte verbreitet, über eine Zahlungseinstellung Sowjetrußlands bezw. über Anträge auf ein Moratorium für fällige Zahlungspflichten in Deutschland. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, entbehren diese Nachrichten jeder Begründung.

Parlamentswache im polnischen Sejm.

Sie richtet aber nichts aus.

Warschau, 20. Oktober. Die heutige Sitzung des Sejm war der Schauplatz großer Krawalle, die auf einen vom Regierungsbüro eingebrachten Antrag auf weitere Verschärfung der Geschäftsordnung zurückzuführen sind. Nach diesem Antrag könnte die Redezeit im Sejm bis auf fünfzehn Minuten gedrosselt werden. Der Vertreter der Nationaldemokraten drohte für den Fall der Annahme dieser Anträge, daß die Opposition nicht mehr im Saal erscheinen werde. Als der Sejmarschall zwei Abgeordnete, darunter den Sozialisten Salomecki, von der Sitzung ausschloß und diese sich nicht fügten, wurde die Parlamentswache in den Saal beordert, wo sie aber nichts anrichten konnte, weil die Parteigenossen der Ausschloßener diese unringten und jede Intervention der Wache verhinderten. Die Sitzung mußte auf einige Zeit unterbrochen werden. Falls der Antrag doch angenommen wird, will die Opposition den Sejm verlassen.

Prozeß gegen Goebbels.

Berlin, 20. Oktober. (Tsch. P. B.) Vor der Großen Strafkammer des Landgerichtes III begann heute eine mehrtägige Verurteilungsverhandlung gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Josef Goebbels, der zu dieser Verhandlung erschienen war. Dr. Goebbels ist als verantwortlicher Redakteur des „Angriffs“ verschiedener Artikel wegen angeklagt, und zwar wegen Beleidigung des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski, des ehemaligen Polizeipräsidenten Jürgiebel, des Polizeivizepräsidenten Weisk. Außerdem hat sich Dr. Goebbels wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgemeinschaft zu verantworten. In diesem letzten Punkte hatte die Vorinstanz, das Schwurgericht Charlottenburg, auf Freisprechung erkannt, während in den anderen Fällen Dr. Goebbels zu einem Monat Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, wogegen sowohl Dr. Goebbels selbst als auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatten. Die Verhandlung wird mindestens zwei Tage dauern.

Budgetdebatte in der mährisch-schlesischen Landesvertretung.

Brünn, 20. Oktober. In der mährisch-schlesischen Landesvertretung wurde heute die Generaldebatte über das Landesbudget 1932 weitergeführt. Die Mitglieder der Landesvertretung kommen von Jahr zu Jahr mehr zu der selbstverständlichen Überzeugung, daß sie tatsächlich zu den Budgetberatungen nur deshalb eingeladen werden, um nach tagelangen Reden erfahren zu müssen, daß das vorgelegte Budget so angenommen werden muß, wie es von der durch das Gesetz über die Verwaltungsreform eingesetzten Bürokratie zusammengestellt wurde. Wenn dennoch die Debatteredner zu budgetären Ziffern Stellung nehmen, so aus dem einen Grunde, um vor allem die Unhaltbarkeit des Systems aufzuzeigen. In der heutigen Sitzung sprach als erster Debatteredner der tschechische Genosse Pojnar, der das Budget einer sachlichen Kritik unterzog und sich vor allem eingehend mit dem Exposé des Finanzreferenten beschäftigte. In seiner Rede urgierte er auch staatliche Lieferungen für Mähren-Schlesien zur teilweisen Linderung der furchtbaren Arbeitslosigkeit. Insgesamt sprachen in der heutigen Generaldebatte sechs Redner. Nach der Rede des Kommunisten Schubert, der übrigens sowie sein Klubkollege Chabera am Ende steht, wurde die Debatte abgebrochen und wird morgen Mittwoch weitergeführt werden.

Bulgarien verbietet fast alle Auslandszahlungen.

Sofia, 20. Oktober. Die Regierung hat eine drakonische Verordnung erlassen, durch welche alle Zahlungen und alle Geldbewegungen in das Ausland, die nicht einem unbedingt notwendigen Bedarf dienen, verboten werden. Das Verbot bezieht sich auch auf Filiale und Konzerte ausländischer Künstler.

Tagesneuigkeiten

Ehrenfest, ein Name und ein Begriff!

Dem früheren Direktor der Oesterr. Creditanstalt, der jetzt in Paris, ein wenig weit vom „Schug“, seinen ständigen Wohnsitz aufgeschlagen hat, Herrn Ehrenfest, facit es immer noch ganz gut zu gehen, da eine Zeitungsnote berichtet, daß bei der Creditanstalt in Wien ein ungedeckter Scheck auf 150.000 Schilling mit der Unterschrift Ehrenfest eingereicht wurde, die Summe hätte eine Spielschuld bei einem französischen Staatsbürger dar.

Die Staatsanwaltschaft hat die Einreichung dieses Schecks zum unmittelbaren Anlaß genommen, um gegen Herrn Ehrenfest einen Haftbefehl zu erlassen. So wird ein Begriff durch den Träger eines Namens seiner Bedeutung entzogen und die Gegenüberstellung von beiden, Begriff und Name, wird zum Merkmal der Zeit.

Denn Ehrenfest, der in seiner Hand eine gewaltige Macht vereinigte und in dessen Taschen Summen Geldes frömten, die in ihrer Höhe der Macht gleichkamen, welche sie im Sinne der bestehenden Gesellschaftsordnung straflos erraffen — ja vielleicht sogar erschwindeln durfte, denn Herr Ehrenfest wird wegen betrügerischer Krida und Betruges strafrechtlich verfolgt, war, wie sich zeigt, auf der Höhe seiner Macht nicht „ehrenfest“ genug, um den Ansprüchen dieser Macht zu tragen. Daraus ergibt sich wiederum die Frage, ob die gegenwärtige Gesellschaftsordnung, welche einen Menschen wie Ehrenfest zu solcher Position gelangen ließ und ihn erst jetzt endgültig zu Fall bringen will, nämlich durch ihn eine große Anzahl von Existenzen zerstört oder empfindlich geschädigt worden sind, überhaupt noch als disziplinärer Wert der Gesellschaftsordnung angesehen werden kann und darf von Menschen, welchen der Name nichts, aber der Begriff noch etwas bedeutet.

Die Auffassung der Ehrenhaftigkeit hat nämlich durch diese zur Macht gelangten Vertreter der Nachkriegs-Bourgeoisie, eine Wandlung erfahren, wie sie ganz objektiv gesehen vor dem Kriege nicht möglich gewesen wäre. Ja, man kann sogar behaupten, daß die in letzter Zeit so viel geschmähte „Demokratie“ als System nur deshalb so angefeindet wird, weil sich in ihr irgendwie noch der Begriff der Ehrenhaftigkeit verbirgt. Aufstand aber scheint, nach dem neuen Ehrenkodex der Gefinnungsfreunde um Ehrenfest, mit Macht nicht mehr vereinbar zu sein. Deshalb schwärmen sie allerorten für den Faschismus und sind von seinen segensreichen Einrichtungen so begeistert, wie ein Räuber von seiner guten Buhne.

Dieser Ehrenfest, dessen Tätigkeit durch seinen inhaltsreichen Namen so ironisiert erscheint, hat der Welt doch einen großen Dienst erwiesen. Er hat ihr im Wege des Anschauungsunterrichtes gezeigt — woran sie krank!

Am Ueberfluß solcher Persönlichkeiten, wie er eine ist und bei aller Ueberproduktion an Sachwerten — am Mangel des Charakterwertes der ehrenfesten Anständigkeit. Aufstand und Ehrenhaftigkeit sind aber heute schon so sehr mit dem Gedanken an Gemeinschaftsgeist und Kollektivmoralität verbunden, daß sie erst durch eine neue Ordnung im Weltgeschehen wieder zu Ansehen gelangen werden; der Begriff der Macht muß wieder in Einklang gebracht werden mit der Auffassung von Anstand und Gerechtigkeit — und die Achtung vor denjenigen, die in ihren Funktionen eine Machtfülle vereinigen, muß davon abhängig gemacht werden, wie sich ihre Tätigkeit zum Wohle der Gesamtheit und der wirtschaftlich Schwachen auswirkt. Und da hat es den Anschein, als ob diesmal die Zeit im Soufleschritt nachhelfen will! Der Igel.

Bisher 15 Todesopfer der Grubenkatastrophe im Ruhrgebiet.

Bochum, 20. Oktober. Drei bei dem Grubenunglück auf der Zeche „Monte Ceris“ schwerverletzte Bergleute sind in der Nacht auf heute im Krankenhaus gestorben, wodurch sich die Zahl der Todesopfer auf 15 erhöht hat. Vier schwerverletzte befinden sich noch in bedenklichem Zustande; von ihnen sind heute in den Abendstunden weitere drei gestorben.

Beweiskette gegen Matuschka lückenlos geschlossen.

Berlin, 20. Oktober. Die auf Grund der Geständnisse Matuschkas vorgenommenen Erhebungen, soweit sie abgeschlossen wurden, haben die Beweiskette lückenlos geschlossen. Die Erhebungen der Berliner Kriminalpolizei haben ergeben, daß Matuschka am 17. April d. J. einen Schweißapparat bei der Firma Autogen Gossakumulatork A. G. kaufte. Es wurde ferner festgestellt, daß Matuschka, wo er im Besitz dieses Schweißapparates war, in einem Gasthof bei Rüterberg gewohnt hat. Matuschka hat weiter angegeben, daß er sich bei der Arbeit mit dem Schweißapparat eine Verletzung zugezogen hat. Tatsächlich weiß man sich in dem Gasthof zu erinnern, daß er eines Tages mit einer Fußverletzung zurückgekehrt ist.

Stellung der Klassenlotterie

20.000 K: 55.278.
10.000 K: 89.773, 99.133.
5000 K: 121, 12726, 25.447, 30.181, 53.121, 57.968, 74.879, 82.397, 84.262, 88.132.
2000 K: 2422, 3014, 3315, 3892, 10.521, 15.491, 18.222, 20.125, 21.072, 24.922, 25.985, 30.548, 31.568, 33.295, 35.080, 35.224, 40.228, 40.619, 40.700, 41.176,

Die „nationale“ Front.

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Am 3. Oktober 1923, nach dem Abbruch des passiven Widerstandes an der Ruhr, erschienen die Herren Stinnes, Böger, Weisen und Röckner bei dem Befehlshaber der französischen Besatzungstruppen, General Degoutte. Ueber diese Unterredung existiert ein von der Schwerindustrie selbst verfertigtes Protokoll, das am 20. November 1923 von Otto Weisk in Reichstag verlesen wurde. Nach diesem Protokoll führte der Sprecher der Scharfmacher vor Degoutte aus:

„Die Industrie sei der Ueberzeugung, daß es ein schwerer Fehler gewesen sei, den sozialistischen Einflüssen nachzugeben und nach einem verlorenen Kriege auch noch eine Besetzung der Arbeitszeit einzuführen. Der rheinisch-westfälische Bergbau habe sich daher entschlossen, am kommenden Montag die Vorkriegsarbeitszeit wieder einzuführen, das heißt, achteinhalb Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt für Untertagsarbeiter und zehn Stunden für Ueberlagsarbeiter. Die Industrie sei aber nicht in der Lage, ihre Absichten durchzuführen ohne die Unterstützung der Okkupationsmächte.“

Und das, — wurde hinzugefügt — sei einer der Gründe für den Besuch. Auf diese unglaubliche Aufforderung hin hatte der Herr General Degoutte es leicht, sich in die Pose des neutralen Mannes zu werfen und zu erklären:

„Die Okkupationsmächte hatten am 11. Januar proklamiert, daß sie die deutschen Gesetze achten würden. Der Aktivistentag sei deutsches Gesetz, keine Einführung sei außerdem auf den Friedensvertrag zurückzuführen und er sei nicht in der Lage, in die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzugreifen.“

Nach dieser Feststellung der vernichtenden Abfuhr der Scharfmacher durch den französischen General fährt das Protokoll fort:

„Herr Geheimrat Röckner erklärte ferner, daß Herr General Degoutte ihn zu früh unterbrochen habe, und er sowohl wie auch Herr Stinnes haben im Laufe der Unterhaltung wiederholt betont, daß die Industrie auch ihrerseits eine Einmischung der Okkupationsmächte in der Frage der Arbeitszeit nicht wünsche. Es sei das eine Frage, die die Industrie mit den

Arbeitern einerseits und mit der Regierung andererseits selbst regeln werde. Die Bitte um Unterstützung beziehe sich nur auf solche Punkte, wo die Einwirkung der Okkupationsmächte selbst die Ausführung der Absichten der Industrie verhindere.“

Am Tage nach dieser Unterredung proklamierten die Scharfmacher die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit. Der Versuch, mit Hilfe der französischen Bajonette die deutschen Arbeiter zu verflauen, steht historisch fest.

Das sind dieselben Leute, die heute in der Front von Harzburg die Richtung gegen die Arbeiterschaft angeben! Darum nennt sich diese Front auch „nationale“ Opposition!

Die Liste der prominenten Teilnehmer an der Harzburger Faschistentagung verzeichnet unter den Scharfmachern den Namen Kommerzienrat Reincker. Dieser Mann sprach am 30. Juni 1919 auf der Hauptversammlung des Vereines deutscher Werkzeugmaschinen-Fabriken:

„So sind wir denn in den Zustand der Verzweiflung geraten, daß wir unsere Hoffnung auf die Einmischung unserer Feinde in unser inneres Getriebe setzen müssen. Von ihnen hoffen wir, daß sie der Schandwirtschaft im Reiche ein Ende bereiten, nicht aus Liebe zu uns, sondern aus ihrem eigenen Interesse. Sie werden dahin wirken müssen, daß die Vergewaltigung von Geldern ein Ende erreicht, damit ihnen die Ersparnisse zugute kommen. Sie werden der Vergewaltigung von Arbeitskraft, die sich in Streiks und ähnlichen Dingen äußert, entgegenzutreten müssen, damit wieder Werke geschaffen werden. Wenn das alles zunächst in ihrem Interesse erfolgt, so können wir uns trotzdem damit abfinden, weil dann allmählich wieder Recht und Ordnung zurückkehren werden.“

Ihr Nationalismus besteht darin, daß sie mit Hilfe fremder Bajonette die deutschen Arbeiter wiederholten, sie ihrer sozialen Rechte berauben wollen, Scharfmacher und Nationalsozialisten im Bunde gegen die deutsche Arbeiterschaft. Das ist die Front von Harzburg.

41.475	42.450	43.923	46.223	51.150	53.474	55.183
55.901	56.931	57.311	58.539	59.344	61.705	62.809
63.817	71.432	73.262	73.791	74.616	77.225	79.011
79.632	79.792	80.197	81.874	83.802	84.548	86.612
86.851	86.988	87.015	87.855	88.964	89.153	90.490
90.967	94.316	95.289	99.373	99.871		
1200 K:	87, 547, 1038, 1831, 2203, 3590, 8733, 8922, 8364, 7420, 7060, 6150, 5039, 4755, 10.591, 10.627, 11.239, 10.060, 16.273, 16.411, 17.292, 17.980, 18.733, 19.204, 19.704, 20.154, 20.592, 21.454, 23.575, 23.906, 24.779, 25.580, 26.357, 29.162, 29.230, 29.644, 29.718, 30.955, 32.186, 33.348, 33.373, 34.031, 34.267, 35.729, 37.952, 39.089, 39.248, 39.390, 42.960, 45.149, 45.280, 47.781, 49.025, 49.106, 50.189, 50.528, 51.500, 51.800, 52.881, 53.302, 53.370, 54.119, 54.606, 54.973, 55.146, 57.229, 58.042, 59.068, 60.049, 60.962, 60.066, 60.217, 61.108, 62.744, 64.125, 65.574, 66.160, 70.505, 73.229, 75.354, 75.942, 75.001, 77.894, 78.204, 80.085, 83.956, 84.405, 84.414, 84.528, 85.840, 86.770, 87.324, 87.418, 87.501, 88.629, 88.762, 89.104, 90.505, 91.639, 92.430, 93.010, 93.951, 94.281, 94.164, 95.075, 96.034, 96.266, 96.637, 98.153, 98.800, 99.604.					

Neuer Raubüberfall in Budapest.

Die letzte Hinrichtung ohne abschreckende Wirkung.

In einer Tabaktrafik in Budapest erlitten Dienstag nachmittags drei junge Leute. Sie kauften Zigaretten und entfernten sich darauf, lehrten aber bald wieder zurück und stürzten sich auf die Bestirerin, die sich allein im Laden befand. Sie schleppten die alte Frau hinter eine spanische Wand. Zwei von ihnen schnürten ihr die Kehle zu, während der Dritte die Kasse ausraubte. Dann ließen alle drei davon. Auf die Hilferufe der Frau eilten Passanten herbei. Es gelang, den einen der Täter festzunehmen, der, nachdem er das geraubte Geld weggeworfen hatte, in ein Haus geflüchtet war. Es ist der 21jährige Bäckergehilfe Josef Barnak. Ein junger Mann versuchte den Festgenommenen aus den Händen der Polizisten zu befreien. Er wurde gleichfalls festgenommen.

Senator Hablena 60 Jahre.

Der der tschechischen sozialdemokratischen Partei angehörende Senator Joachim Hablena 60 Jahre alt. Hablena war lange Jahre bis zum Umsturz Landessekretär der tschechischen Sozialdemokratie in Böhmen und ist seitdem in der Allgemeinen Arbeiter-Vorschlagsklasse beschäftigt. Seit 1920 ist er Senator.

Das Dritte Reich Lohnens. Der famose Nordwollekonzern des Herrn Lohnens, des größten Verbrechers der deutschen Wirtschaftsgeschichte, begräbt tausende unter seinen Krümmern. Die Angestellten des Nordwollekonzerns empfinden jetzt, wie das Dritte Reich aussieht, in das sie Herr Lohnens geführt hat. Der Konkursverwalter der Nordwolle inseriert in großen Zeitungen:

Nordwolle - Personalabbau. Infolge des Zusammenbruchs der Nordwolle müssen zahlreiche tüchtige und bewährte Angestellte entlassen werden, für welche im Rahmen der geplanten neuen Gesellschaft leider keine Verwendungsmöglichkeit besteht. Im Interesse dieser verworrenen Kräfte, wie insbesondere auch im Interesse der gesamten Wirtschaft, sehe ich mich veranlaßt, mich für eine

unwertvolle Verwendung dieses vorgedruckten dem Abbau der Nordwolle zum Abbau fallenden Personals einzusetzen. Es stehen zur Verfügung: kaufmännische Angestellte: Kaufleute im Rohwolle- und Rammungsbau, Verkäufer und Disponenten, deutsche und fremdsprachliche Korrespondenten, Buchhalter, Technische Angestellte: Textil- und Kräftingenieur, Maschinenbauingenieur, Elektrotechniker, Verwaltungsangestellte: Juristen, und zwar Zivil- und Arbeitsrichter, Sachbearbeiter für Personalbuch- und Versicherungsfragen, Registrator- und Schreibkräfte auch für moderne Büromaschinen.“

Diese einfache Aufzählung zeigt, welches ungeheure Verbrechen Lohnens auf sich geladen hat. Er hat nicht nur Vermögen anderer vergrößert, er hat vielmehr viele Tausende von Menschen ins Unglück gestürzt. Die Willkür eines Generaldirektors wirkt qualifizierteste Existenzen massenhaft aufs Pflaster. Das ist Lohnens Drittes Reich. Im Dritten Reich der Nationalsozialisten würde sich diese schmerliche Aufzählung von Existenzen in noch größerem Maßstabe wiederholen!

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erschien gestern um 0 Uhr 30 Minuten über dem Flugplatz von Bernambuco und ist gelandet.

Die Schießereien in Berlin. Aus der Reichshauptstadt wird gemeldet: Ein Nationalsozialist in der Schillstraße wurde Montag abend von der gegenüberliegenden Straßenseite beschossen. Die Kugeln durchschlugen die Schaufensterscheibe des Lokals. Getroffen wurde ein 23jähriger Mann, der einen Arm- und einen Oberschenkelbruch erlitt. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus gebracht. Zwei Männer, die sich im Besitz von Pistolen befanden, wurden festgenommen.

Auto und Autobus. Vergangene Nacht stießen auf der Chaussee von Paris nach Zenlis ein Privatauto und ein mit Besuchern der Kolonialausstellung besetzter Autobus zusammen. Hierbei sind die drei Insassen des Privatautos getötet und sechs Insassen des Automobilomnibusses schwer verletzt worden.

Beim Regen von Gebäll für den Neubau eines in diesem Jahre abgebrannten Gasthauses bei Donau-Echingen stürzte abend eine Giebelwand ein. Von den Zimmerleuten, die auf dem Neubau arbeiteten, bemerkte nur ein Lehrling das Wanken des Giebels und konnte rechtzeitig beiseitespringen. Zwei Zimmerleute wurden unter den Schuttmassen begraben und konnten nur als Leichen geborgen werden. Der Lehrling erlitt erhebliche Verletzungen.

Tödlicher Sturz vom Dach. Bei Dacharbeiten auf einem neuen Hotelbau in Zinnwald kamen der Dachdeckermeister Hedrich aus Eischwald und sein Gehilfe Lehnert zum Absturz aus großer Höhe, wobei sie beide schwer verletzt wurden, so daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Dort ist nunmehr Hedrich seinen Verletzungen erlegen, während Lehnert, der mit einem Schenkelbruch und einer Kopfwunde eingeliefert worden war, bereits außer Lebensgefahr ist.

Vom Rundfunk

Donnerstag.

Prag: 11: Schallplatten. 14.10: Schallplatten. 17.35: Kinder musizieren. 18.35: Deutsche Sendung: Dr. Mouda: Der Großadmiral. 19.30: „Der Freischütz“, Oper von Weber. — Berlin: 19.35: Orchesterkonzert. 17: Stauding-Punk. 18.25: Deutsche Sendung: Dr. Penk: Europa kennt den Regen nicht. — Rühr-Dtrow: 16: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Ing. Lindel: Die Arbeit der Hausfrau. — Berlin: 18.30: Musikalische Arien und Lieder. — Hamburg: 11: Beliebte Rundfunkstücke. 20: Sinfoniekonzert. — Leipzig: 21: Der einsame C. Th. A. Hoffmann, literar. Querschnitt. — München: 21.10: Sinfoniekonzert. — Wien: 17: Klänge der Nacht. 22.25: Operettenmusik.

Dampfer durchschneidet ein Fischerboot. Aus Konstanz wird gemeldet: Auf der Höhe von Reersburg bei der Einfahrt in den Ueberlinger See ramnte Dienstag vormittag der Kurstdampfer nach Ueberlingen in dichtem Nebel ein Fischerboot. Das Boot wurde in der Mitte durchgeschnitten, und die beiden Insassen, ertranken. Ihre Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Ein fünfjähriger Brandstifter. Auf dem Gute Wistowitz bei Wostroschin in Böhmen waren in der letzten Zeit zwei Brände ausgebrochen, die nur mit größter Anstrengung gelöscht werden konnten. Durch die von der Gendarmerie gepflogenen Erhebungen wurde festgestellt, daß die Brände von einem fünfjährigen Knaben gelegt worden sind.

Der Duxer Barbarasack wird abgefeilt. Man meldet uns aus Dux: Zur fast gleichen Zeit, da die Abfischung des Hirschberger Großteiches beginnt, wird mit dem Ablassen des bekannten Barbarasacks in Dux, der den Großteich des Böhmen zuzuzählen ist, begonnen; die Ablaufschleusen werden am 26. Oktober geöffnet werden, worauf am 3. November mit der Abfischung selbst begonnen wird. Wenn auch der Jung von Zuschauern und Interessenten bei der Abfischung des Barbarasacks nicht so gewaltig ist wie in Hirschberg und Thantmühl, so ist doch das Ereignis keine Anziehungskraft auf tausende von Zuschauern aus Dux und Umgebung aus.

Auf dem Arbeitslosenunterstützungs-Amt in Lüneburg erschien am Samstag nachmittag ein junger Arbeitsloser und verlangte Erhöhung seiner Unterstützung. Als ihm seine Forderung abgelehnt wurde, versuchte er, gegen den Beamten tätlich zu werden. Er wurde darauf hin festgenommen. Unterdessen hatte sich eine große Menschenmenge angeammelt, die die Freilassung des Mannes verlangte. Als die Polizei die Menge zerstreuen wollte, kam es zu ernstlichen Zusammenstößen. Aus der Menge wurde scharf geschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer. Vier Polizisten wurden durch Steinwürfe verletzt.

Die Hinrichtungen. In Chicago wurden vier Männer auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. Der eine hatte zwei Polizeibeamte erschossen, der zweite einen Bankhüter, der dritte gleichfalls einen Bankier und der vierte den Besitzer eines Hotels.

Automatische Zeitangabe in Italien. Die nationale Telefongesellschaft führt eine interessante Neuerung für den Abonnentendienst ein. Da es sich herausgestellt hat, daß der Zeitangabe-Dienst für die Teilnehmer täglich mit 8.000 bis 15.000 Anrufen in Anspruch genommen wird, wird dieser Dienst automatisiert. Der anrufende Teilnehmer, der die genaue Zeit wissen will, wählt eine bestimmte Nummer auf seiner Drehscheibe, worauf sich nicht erst das Amt meldet, sondern im Voraus das Zeitsignal mit Stunden und Minuten ertönt. Diese automatische Zeitangabe beruht auf dem gleichen Prinzip wie das bekannte automatische „Frei- und Besetzt“-Zeichen. Mit einer genau regulierten Uhr steht ein Elektromagnet in Verbindung, der durch den elektrischen Strom beim Anruf einen magnetischen Stahldraht induziert. Auf dem bekannten phonomagnetischen Wege wird dann der Strom in Töne umgewandelt und der Abonnent erhält auf automatischem Wege Auskunft über die genaue Zeit.

Die internationale Konferenz für die Kalenderreform in Genf beriet Mittwoch und Donnerstag die Frage der Kalenderumstellung und zwar was die Regelung des Osterfestes und der Monate und sodann die beiden Anträge zur Kalenderreform anberührt, nämlich den Plan C (zu 13 Monaten) und den Plan E (zu 12 Monaten). In der Debatte ergriff auch der tschechoslowakische Vertreter, bevollmächtigter Minister Ing. Müller das Wort, der erklärte, daß die Verschiedenartigkeit der Ansichten und andere Umstände (religiöse Rücksichten) bezogen, daß die Kalenderreform bisher noch nicht genügend reif sei, auf dieser internationalen Konferenz einer Lösung zugeführt zu werden. Die Tschechoslowakei könnte als Binnenstaat die Reform des Kalenders, ob sie nun von dieser oder jener Art sei, erst dann einführen, wenn sie allgemein oder zumindest von unseren Nachbarstaaten, namentlich aber von den großen Staaten, akzeptiert würde. Der tschechoslowakische Delegierte wurde in die engere Redaktionskommission gewählt. Donnerstag nachmittag behandelte die Konferenz noch die beiden Anträge auf Einführung eines Dauerkalenders. Im Großteil nahmen die Regierungsvertreter bezugslos bisher keinen definitiven Standpunkt ein. Weiter wurde über die letzte Konferenzfrage, nämlich über die Möglichkeit einer sofortigen Einführung der Reform verhandelt, zu welcher Frage die Regierungsdelegierten vorwiegend einen abschlägigen Standpunkt einnahmen.

Anhängen an ein Auto mit dem Leben bezahlt.
Der 18jährige Vorzeigarbeiter Rudolf Wagner aus Alt-Rohrau fuhr Montag abends mit seinem Fahrrad aus der Arbeit nach Hause, wobei er sich an einem Automobil anlehnte. In einer scharfen Kurve ließ Wagner das Auto los und wurde gegen eine Telegraphenstange geschleudert. Seiner Verletzungen erlag Wagner kurz nach seiner Entlieferung ins Karlsbader Krankenhaus.

Bestrafter Leichtgläubigkeit. Der 28jährige Geschäftvertreter Josef Folia machte zu Weihnachten v. J. die Bekanntschaft des Maurers Ebertha in Benešov in Böhmen. Er teilte ihm mit, daß er für eine Gesellschaft in Holland eine Anleihe von 250 Millionen K besorge, wofür sechs anderlebens Großgrundbesitzer in der Slowakei und Karpathenland gekauft werden sollen. Folia fuhr dann nach Prag und von hier nach Deutschland und sandte Ebertha Telegramme und Expresbriefe, in denen er um Ueberweisung von Geld ersuchte. Er versprach ihm, daß er ihm nach Durchführung der Anleihe und des Kaufes einen Stückgrundbesitz überlasse, auf dem er 15 Jahre wirtschastlich könne und daß dieses Gut nach dieser Zeit auf ihn eingetragener werde. Folia lockte auf diese Weise von Ebertha 12.000 K, von dessen Resten 2000 K und von einigen Personen in Benešov und Mähr.-Odrau noch weitere Beträge heraus. Es wurde festgestellt, daß Folia mit einer Anleihe nichts zu tun habe, sondern nur von vertrauensseligen Personen Geld herauslockt und dann damit Reisen unternimmt. Folia wurde in Mähr.-Odrau angehalten und in die Haft der Polizeidirektion in Mähr.-Odrau eingeliefert.

Bei schwerem Weststurm, der in der Montag-Nacht an der deutschen Nordseeküste einsetzte, ist bei Vorkum-Riff der russische Schleppdampfer „Athos“ mit einem in England erbaute Kohlenheber aus der Fahrt nach Leningrad in schwere Seesnot geraten. Auf die Notsignale des bei der schweren See treibenden Dampfers ist der deutsche Bergungsdampfer „Botan“ zur Hilfeleistung abgegangen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Der neue Präsident des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes in Genf.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf hat seinen Herrn Ernest Rahaim, den Vertreter Belgiens, zum Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Arthur Fontaine gewählt.
Der neue Präsident ist am 27. April 1865 geboren und widmet sich schon seit langen Jahren dem Gebiete der internationalen Arbeitsgesetzgebung. Auf seine Anregung hin wurde bereits im Jahre 1900 die „Internationale Assoziation zum gesetzlichen Schutze der Arbeiter“ gegründet, deren eifrigstes Mitglied er dann auch bis 1914 geblieben ist. Auf der Pariser Friedenskonferenz (1919) war er Sachverständiger der belgischen Regierung und nahm einen hervorragenden Anteil an den Arbeiten der Kommission für internationale Arbeitsgesetzgebung. Im Jahre 1921 wurde er Minister für Industrie, Arbeit und Volkserziehung im Kabinett Carton de Wiart. Seit 1923 ist er Direktor des Ernst-Solow-Instituts für Soziologie in Brüssel. Dem Verwaltungsrate des Internationalen Arbeitsamtes in Genf und der Internationalen Arbeitskonferenz gehört er als Vertreter Belgiens bereits seit der Gründung dieser Institutionen an. Ernest Rahaim ist auch als Verfasser wissenschaftlicher Werke bekannt, darunter eines „Lehrbuches des internationalen Arbeitsrechtes“ (1912) und einer

Abhandlung „Die internationale Organisation der Arbeit“ (Haag 1924). Er ist Mitglied der belgischen Akademie, des Internationalen Instituts für Statistik, des Instituts für Internationales Recht und des „Institut de France“.

Prager Produktendörse vom 20. Oktober 1931. (Pragradio.) Die heutige Produktendörse brachte in Roggengetreide eine weitere Befestigung in Weizen, welcher in den Preisen um 2-3 K stieg. Die amtlichen Notierungen brachten eine Befestigung um 2 K. In Roggen war die Grundstimmung demgegenüber ziemlich unsicher und neigte eher zu einer leichten Abschwächung. Die amtlichen Notierungen brachten keine Kursbewegung und blieben gegenüber Freitag unverändert. Von den übrigen Getreidesorten lag hauptsächlich Gerste flauer, da die Absatzmöglichkeiten nach England verloren gingen und der Gerstenabfall nunmehr hauptsächlich auf inländische Brauereien angewiesen ist. Die

ungenügende Nachfrage wirkt naturgemäß auf die Preise ein, welche heute den amtlichen Notierungen nach um 1-3 K zurückgingen. Eine entschieden flauere Haltung machte sich für Hafer geltend, welcher im heutigen Verlaufe fast durchwegs um 2-3 K niedriger notierte. In den amtlichen Notierungen blieb Qualitätshafer unverändert, schlechterer Hafer ermäßigte sich um 2 K. Die Steigerung in Weizen blieb in den Weizenmehlpreisen unberührt und es wurden Weizenmehle zu veränderten Preisbedingungen gegenüber der Vorwoche gehandelt. Am Weizenmarkt, wo alle Sorten eine Neigung zur Befestigung zeigten, machte sich in den amtlichen Notierungen bei La Plata eine Steigerung geltend und stieg diese Gattung um 2 K. Was die übrigen Märkte anbelangt, wäre hauptsächlich auf die Verteuerung von Fein- und Stroh um 1 K und auf die Verteuerung von Stärke um 10 K hinzuweisen. Auch amerikanisches Fett zeigte eine Steigerung fort und erzielte heute einen Aufschlag um 10 K. Die Dörse war sehr gut besucht.

Unschuldig verurteilt.

Berichtigung eines Justizirrtums. — Sensationeller Gattenmordprozess.

SPD. Wien, Mitte Oktober. (Fig. Ber.) In Wels (Osterr.) wurde vor vier Jahren der Bohndarbeiter Karl Windhager wegen Gattenmordes zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Windhager behauptete bis zum Schluß der Verhandlung seine Unschuld. Erst jetzt kam es zur Wiederaufnahme des Verfahrens. Dieser zweite Prozess endete mit dem Freispruch des Angeklagten!

„Biel zu fromm!“

Das erste Urteil wurde gefällt, weil Windhagen seiner Frau nach einem vorausgegangenen Streit mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten haben sollte. Grundlage des Urteils waren die ganz verwoirnen und verwirrenden Zeugenaussagen eines Keinen Kindes des Angeklagten. Auf Indizien hin wurde die Schuld konstruiert. Als der Arzangegehr Arzt Dr. Pep erklärte, er glaube an einen Selbstmord, wurde ihm (von der Landbevölkerung) mit Entrüstung gemaunert, daß sei die Laxe „Biel zu fromm“ gewesen... Vor Gericht wurde keiner der anderen zum Teil prominenten Sachverständigen, die sich keineswegs einig waren, daß es sich um einen Mord handle, vernommen. Die Geschworenen sprachen ihr „Schuldig“. Karl Windhager wanderte in den Kerker.

Der Gast in der „Blauen Angel“.

Wahrscheinlich wäre Gnos über die Sache gewachsen, wenn nicht vor kurzem durch einen eigenartigen Zufall die Angelegenheit von neuem zur allgemeinen Diskussion gestellt worden wäre. In Linz gibt es eine Gastwirtschaft „Zur blauen Angel“. Das Lokal gehört der Frau Kheilmner, einer Nichte des verurteilten Karl Windhager. Diese Frau Kheilmner bekam zu Anfang des Jahres 1930 den Besuch ihrer Schwester aus Böhmen, der Marie Windhager. Eines Tages brachte der Briefträger für diese Marie Windhager einen Brief und fragte laut die Wirtin, die Frau Kheilmner, nach der Empfängerin. Frau Kheilmner sagte, daß das ihre Schwester sei. Der Briefträger lieferte den Brief ab und ging.

Ein Gast, ein gewisser Franz Hofer, Ologetenarbeiter aus Linz, war dem Gespräch aufmerksam gefolgt. Er erkundigte sich bei der Wirtin, ob sie mit Windhager aus Attnang, den man wegen Mordes an seiner Frau verurteilt habe, verwandt sei. Als die Frau aus verständlichen Gründen die Frage verneinte, sagte er: „Schad“, sonst hätte ich auch was Interessantes erzählt. Ich hab nämlich mit der Frau von Windhager a paar Jahren ein Verhältnis gehabt.“ Die Frauen wurden aufmerksam, gaben ihre Verwandtschaft mit dem „Mörder“

zu und ließen sich von Hofer erzählen, was er wußte:

Liebe und Leben der Cäcilie Windhager.

Hofer hatte mit Cäcilie Windhager einige Jahre ein Verhältnis, die Frau reiste ihm an seine Arbeitsplätze nach, ihm war das unangenehm, er war ihrer überdrüssig. Häufig kam es zu unheimlichen Ausritten. Bei einer dieser Szenen — Hofer erinnert sich genau: es war in Schwaz in Tirol, wo er Arbeit hatte — hat die Windhager plötzlich geschrien: „Wenn mich mein Mann holen kommt, dann schneid' ich mir mit dem Rasiermesser die Kehle ab.“ Dabei hielt sie Hofer ein Rasiermesser vor die Nase. Bald danach, im November 1926, kam es zum offenen Bruch. Hofer wanderte um Arbeit umher, ging ins Ausland und erfuhr erst nach seiner Rückkehr von dem angeblichen Mord.

Das ist es ungeheuer, was Hofer den Frauen erzählte. Als diese entsetzt fragten, warum er das nicht gleich gemeldet habe, sagte er: „Ja, ich hab' mir denkt, da müßt ich dann Altmutter spielen, denn das jüngste Kind der Windhager ist ja von mir.“ Frau Kheilmner wollte die Sache einem Anwalt mit, einem höheren Beamten in Linz, der seinerzeit Hofer veranlaßte, seine Aussagen zu Protokoll zu geben. Auf Grund seiner Justiztatete bekannte das Wiener Oberlandesgericht die Verurteilung vor dem Welscher Kreisgericht an.

Der Zeuge auf Reisen.

Plötzlich stellte sich aber heraus, daß der Hauptzeuge, Franz Hofer, verschwunden war. Auch seine Mutter in Linz konnte Rechtsanwalt Dr. Widmoser keine Auskunft über seinen Verbleib geben, er war und blieb verschwunden, niemand hatte ein Lebenszeichen von ihm. Wochenlang suchte Widmoser ohne jeden Erfolg nach dem Aufenthalt des Mannes, bis er plötzlich zufällig erfuhr, daß Hofer bei einem Zirkus in Amstetten als Angestellter gesehen worden sei. Aber als Rechtsanwalt Widmoser nach Amstetten kam, war es schon zu spät, der Zirkus war längst wieder aufgebrochen und niemand wußte, wohin. Immerhin waren die weiteren Bemühungen von Erfolg. Der Zirkus „Rone“ meldete aus Frankfurt, daß er einen Franz Hofer in seinen Diensten habe. Dr. Widmoser ließ in Marseille feststellen, daß dieser Hofer tatsächlich mit dem Hofer aus Linz identisch sei. Den Zeugen in Marseille festzunehmen erschröckte sich, da er versprach, in zwei bis drei Wochen in Linz zu sein und keine Angaben zu wiederholen.

Der Freispruch.

Hofer kam pünktlich nach Linz und gab dort und vor dem Gericht in Wels seine Angaben noch

einmal zu Protokoll. Auch in der Hauptverhandlung bestätigte Hofer seine Beziehungen zu Frau Windhager, die ihm gegenüber erklärt habe, daß sie sich mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten werde, wenn sie zu ihrem Gatten zurückkehren müßte.

Windhager selbst wiederholte seine Aussage aus dem ersten Protokoll: er habe in der Unglücksnacht mit seiner Frau einen sehr heftigen Streit gehabt, es wäre auch zu Täuschlichkeiten gekommen — plötzlich sei die Frau in die Küche gelaufen, er habe ein merkwürdiges Geräusch gehört und dann ihren Leichnam in der Küche gefunden, „überall war Blut“.

Die hochverständigen Ärzte, die seinerzeit im Falle der Frau drei wogreiche Schnitte festgestellt hatten, meinten, daß sowohl Selbstmord als auch Mord möglich sei. Der Staatsanwalt bat anschließend die Geschworenen, Windhager freizusprechen, wenn sie nur den geringsten Zweifel an seiner Mordschuld hätten. Der Zweifel war vorhanden — der Freispruch erfolgte einstimmig. Angeheurer Jubel empfing den Mann, der vier Jahre lang unschuldig eingekerkert war.

Gerichtssaal

Meineid oder . . . ?

Nachklänge zu einer Ehescheidung.

Prag, 20. Oktober. Man muß sehr bedauern, daß dieser Fall nicht zur Auskrugung kam, sondern vertagt werden mußte, weil sich der Kronzeuge trotz ordentlicher Ladung nicht eingefunden hat.

Ein Disponent einer hiesigen Großfirma namens Levy hatte gegen seine Frau einen Scheidungsprozess geführt, den er in drei Instanzen verlor. Obwohl in der Scheidungssache, als auch in dem folgenden Trennungsstritt und Alimentationsprozess war als gemischte Zeugin die Wohnungsnachbarin des Ehepaars aufgetreten. Sie hatte einige belastende Aussagen gegen Herrn Levy gemacht, z. T. unter Zeugeneid. So sagte sie aus, daß ihr dieser von seinen anderweitigen Bekanntschaften erzählt habe, ferner habe er ihr Liebesanträge gemacht, habe ihr Photographien seiner Geliebten in Trenzin-Platz gesteckt und mit seiner intimen Bekanntschaft mit einer Wiener Gräfin gepöbelt. Er habe sie ferner gebeten, ihm zu helfen, von seiner Frau loszukommen und ihr als Belohnung zwei Sparlöffelbücher mit beträchtlichen Einlagen übergeben, die sie aber zurückwies. Hierbei muß erwähnt werden, daß sie als Nachbarin des Ehepaars sich um den Haushalt des Mannes kümmerte, dessen Frau zu ihren Eltern gezogen war u. zw. gegen Besoldung, da sie von ihrer kleinen Pension als Witwe eines Angestellten allein nicht leben konnte und auf Nebenverdienst angewiesen war.

Sie hat also seinerzeit zugunsten der Frau ausgesagt und Herr Levy erstattete nun die Anzeige wegen falscher Zeugenaussage und Meineid. Tatsächlich sprachen einige Umstände gegen sie, die sie aber in ihrer Verantwortung in ziemlich einleuchtender Art zu erklären mußte. Sie erklärte, alle ihre Aussagen voll aufrecht zu erhalten und nachzuweisen. Zur allgemeinen Ueberraschung stellte sich nun heraus, daß der Hauptzeuge Levy sich zu der heutigen Verhandlung nicht eingestellt hatte, obwohl seine Anwesenheit unbedingt nötig gewesen wäre. Hatte er doch z. B. unter anderem unter Beweis gestellt, daß er Sparlöffelbücher von solchen Instituten und über solche Beträge, wie von der Angeklagten behauptet wurde, niemals besessen habe, während sie wieder den Beweis durch Zeugen anbietet, daß sich diese Bücher tatsächlich in ihrer Hand befunden hätten. Der Senat (OGK. Roman) beschloß daher die nochmalige Ladung des Zeugen und vertagte die Verhandlung auf unbestimmte Zeit. rh.

„Herr, der Weiße!“

Eine Urwaldtragödie von Franz Seyd.

Ich blätterte im Tagebuch . . . Je weiter die Jahre sich der Gegenwart nähern, um so kurvenreicher werden die Eintragungen!

Solt!
Da verhoffe ich an einer mit Kreuz markierten Stelle. Ein Todesfall verlangt besonderes Gedenken.

23. 3. 29. bei N'Djole, Lagerplatz im Busch am Kongo. Wright stirbt plötzlich durch Sclangengift. Ich begrabe ihn am Rand der Steppe . . .

Trauernd erinnere ich mich, als sei es heute, aller Einzelheiten.

Ich traf Mister Wright an der Küste im Kreise gemeinsamer Freunde, wo er, aus der fernem Heimat kommend, die Gelegenheit erwartete, ins Innere zu fahren, um sich eine Ueberfahrt über Möglichkeiten neuer Siedlung zu schaffen. Da ich am nächsten Tage ohnehin auf neue schon stufaufwärts fuhr, schloß Wright sich reisefreudig meinem Bootstrupp an.

Sechs Wochen Reisezeit waren vorgezogen. Schon hatten wir fünf Wochen Boot- und Marschweg hinter uns und streckten einem nahen Nahrung zu, als ich den guten Freund verlieren sollte.

Tag und Nacht überfallen bekanntlich den Äquatormenschen mit überraschender Pflöchlichkeit. Eben noch sendet die glühende Sonne ihre hitzigen Todesstrahlen über Urwald und über Steppe nieder, da sprühen auch schon Millionen kleiner Glühwürmer in gigantischer Menge durch Dunkel der immerschwarzen Tropennacht. Und durchdringlich für Auge und Ohr wird der unerlöschliche Busch, und wo irgendein Mensch ist, da

sucht er am schwellenden Grolseuer, jeden Angriff wilder Tiere wohl bedacht, seinen nächsten Ruheplatz, bis ihm am lachenden Frühmorgen die grelle Sonne wieder weckt. Raublustiges Gefindel hat in Nacht und Dunkel ganz allein von der Natur das Recht zu wandern. Und den Frieden der Äquatornacht zu stören. Lautstimmig künden und ein Schlummerlied des Vogelchors den Abschied eines schönen Tropentages an, und tausendstimmig schlief ihr Morgenlied die harmonische Stille der heutigen Nacht.

Gerade nahm ich meinen Tropenhelm vom Kopfe, der zwölf heiße Stunden Haupt und Nacken schützte, und will die Anweisung zur Errichtung eines Lagers geben, als ein Schwarzer aus der Ferne lebhaft durch die Büsche schreit: „Onouä, tangani! Onouä, tangani!“ — „Herr, der Weiße! Herr, der Weiße!“

So oft ich jemals diese kurzen Worte hörte, nie noch hatten sie solch einen seltsam ernsten Klang!

Wright, der leidenschaftlich gerne jagte und der erst vor wenigen Tagen beim Angriff eines starken Panthers mit kaffenden Wunden und Schrammen an Wange und Arm glücklich davongekommen war. blieb vor einer guten Wegstunde im Busch zurück, um noch etwas frisches Fleisch zum Nachessen zu schneiden. Manch prächtiges Stück Wild hatte er im Lauf der letzten Wochen schon in den Tierdammeln erstanden.

„Ach, wie oft hab' ich doch lachen müssen, wenn er vor dem Abschied zum Jagen mit schertlichem Akzent die Worte sprach: „Wenn's knallt, gib's Fleisch!“ Wie oft hat er dann die Bestätigung erbracht. Noch nach dem letzten Unfall schloß er einen starken Elefanten. Die ganze Nacht sah er dann selbst am Lagerfeuer, um sich den jaden Kessel gar zu kochen, und zu meinem lebhaften Erstaunen fand ich auch am frühen

Morgen einen delikaten „Elefantenrüsselsohl“ vor. Unsere Träger aber hatten nie so reichlich Fleisch zu essen als nach einem Schuß aus Wrights geübter, unfehlbarer Büchse.

„Onouä, tangani! Onouä, tangani!“
Der Neger sagt nie etwas auf den ersten Anblick heraus. Hastig fragte ich daher das Dutzend Fragen, das zur Schaffung eines klaren Bildes unbedingt notwendig ist, bis ich schließlich von dem neuen Unglück erfahren muß.

Hastig greife ich zur Büchse. Schußbereit, taste ich mich mit zwei Lampenträgern und gefolgt von meinem Jäger nebst drei eingeborenen Begleitern durch das Dunkel auf dem gleichen Wege vorwärts, den erst vor Minuten meine Schwarzen mit den großen Messern schlugen. Ich witterte vor innerer Erregung. Was gäbe ich, wenn ich den Schotten retten könnte! Sekunden wurden zu Minuten, Minuten wuchsen zu Stunden.

Endlich kam ich an die Stelle, an der mich Wright verlassen hatte, um eine kleine Strecke festlich abzubiegen. Den schwarzen Ueberbringer der Hiobsbotschaft schickte ich voran, und wie folgten aufmerksam und stumm den Spuren seines Wegs. Eine vereinbarte Verständigung, der kurze Pfiff eines Rüstenvogels, wurde in weiter Runde nicht gehört. Ich griff, da gedrungen doch nun einmal Richter brannten, zu einer Zigarette, die aber bald schon an den trockenen Lippen klebte. Im Vogen spürte ich sie vor die Füße und zertrat die Glut. „Wright!“ rief ich schreiend. Die Stimme verflöchte. In weiter Ferne nur brüllte ein wildes Tier. Meine Schläfen hämmerten.

Fern von mir höre ich plötzlich ein verwischtes Rufen. Wie eine Eröhuna kommt es über mich.

„Ja! Ja!“ — „Hier! Hier!“
Es sind die Schwarzen, die den Schotten

begleiteten und unser Licht gesehen haben. Wrights Stimme aber fehlte . . .

Wit zerfetzten Beinen kam ich bei den Burtschen an.

Friedlich, wie in sorgenlosem Schlafe lag der Freund auf niedergedrampstem Gestripp. Neben ihm ein erlegtes Chimpansenkind. Seine schmalen Lippen im todesähnlichen Antlitz waren hart zusammengepreßt und sprachen nur von einem kurzen Leid. Im schwachen Schein der Sturmlaternen prüfte ich das furchtbare Geschehen.

Zwei winzige kleine dunkelrote Punkte, unheimlich wie die Risse jener höflich schwarzen Spinne, deren Gift im Augenblick zum Tode führt, zeigten sich an seiner freien rechten Wade. Im Abstand von einigen Metern aber lag im Blättergrün ein dunkelbrauner Ballen.

„Dort ist sie, Herr“, erklärte mir ein Schwarzer, der mit Wright zurückgeblieben war. „Als ich sie sah, hab' ich sie gleich getötet.“ Und stolz zeigte er mit dem Gebehr auf seine Beute.
„Zu spät! Die giftige Ratter hatte ihr furchtbare Werk bereits vollendet!“

Am nächsten Tag schaukelten wir Wright in der Nähe meines Lagerplatzes ein. Befestigt mit Bambusstöcken und Lianensträngen liegt auf dem einsamen Hügel des Toten Tropenhelm. Eine leere Flasche auf dem Grabe birgt einen Nachruf in verschiedenen Sprachen, einen Nachruf, den ich in erster Stunde schrieb.

Wird jemand hier vorbeikommen? Urwald und Steppe sind unendlich weit . . .
Dann schrieb ich der alten Mutter nach England einen langen Trostbrief, einer Mutter, von der der Tote mir so vieles erzählt hatte . . .
Heute denke ich an beide . . .

